

# Psychische Erkrankungen machen Betroffene unzufriedener als körperliche Gebrechen

*Mitteilung: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin*

**K**aum eine Situation macht Menschen unzufriedener mit dem Leben als eine psychische Erkrankung. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie des renommierten britischen Wohlfahrtsökonom Richard Layard, der das Wellbeing Programme am Centre for Economic Performance der London School of Economics and Political Science leitet. Demnach tragen in Australien, Deutschland und Großbritannien psychische Erkrankungen weit stärker zum Unglück von Menschen bei als körperliche Gebrechen. Und im Vergleich zu körperlichen Gebrechen beeinflussen Arbeitslosigkeit und Einkommen die Lebenszufriedenheit weniger.

Die gesundheitspolitische Studie von Richard Layard und drei Kollegen, die für den World Happiness Report erstellt wurde, ist jetzt als 600. SOEPPaper veröffentlicht worden.

Für die Analyse, die den gesundheitspolitischen Schlussfolgerungen des Papiers zugrunde liegt, wurden neben den deutschen SOEP-Daten auch Daten von Langzeitstudien aus Australien (HILDA: Household, Income and Labour Dynamics in Australia) und Großbritannien (BHPS: British Household Panel Survey) ausgewertet. In den drei Studien geben die Befragten auf einer Skala von null bis zehn beziehungsweise null bis sieben an, wie zufrieden sie mit ihrem Leben sind. Für die Untersuchung wurden diejenigen 25 Prozent der Befragten als „unglücklich“ definiert, die die jeweils niedrigsten Zufriedenheitswerte angegeben hatten. In die Auswertung flossen die Daten aller Befragten ein, die älter als 25 Jahre waren.

Geschätzt wird, dass weltweit etwa jeder Zehnte unter Depressionen und Angststörungen leidet. Diese psychischen Erkrankungen sind die Ursache von bis zu einem Fünftel aller Fälle von Erwerbsunfähigkeit. Gleichzeitig befindet sich selbst in reichen Ländern weniger als ein Drittel der Betroffenen in therapeutischer Behandlung.

Depressionen und Angststörungen könnten heute mit Hilfe evidenzbasierter Verfahren erfolgreich behandelt werden, sagt Richard Layard. Dennoch würde kaum eine Regierung mehr als 15 Prozent ihres Gesundheitsetats für die Behandlung seelischer Erkrankungen ausgeben „Das ist diskriminierend für psychisch Erkrankte im Vergleich zu körperlich Erkrankten und zudem auch wirtschaftlich unvernünftig“, sagen der Wohlfahrtsökonom Layard und seine Kollegen. Würden mehr psychisch Kranke gut behandelt werden, könnten Kosten für Sozialhilfe gespart werden und es würden weniger Steuereinnahmen aufgrund

der Erwerbsunfähigkeit vieler Arbeitnehmer verloren gehen. Layard: „In reichen Ländern wäre wahrscheinlich eine für die Staatskassen kostendeckende Behandlung der von psychischen Leiden Betroffenen möglich“.

**Die Studie:**

Mental Illness and Unhappiness. Richard Layard, Dan Chisholm, Vikram Patel, Shekhar Saxena. SOEPPapers 600.

[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.431544.de/diw\\_sp0600.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.431544.de/diw_sp0600.pdf)

*Pressemitteilung v. 19.11.2013*

*Monika Wimmer*

*Pressestelle*

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin*

*Quelle: idw-online.de*